



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Gleichstellung und
Frauenförderung
Frau Ingeborg Sahler-Fesel, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Susanne Amon
Susanne.Amon@mffjiv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5186
06131 16-2644

12.07.17

Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung

am 17. Mai 2017

TOP 4 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, Antrag der SPD-Fraktion,

Vorlage 17/1413

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Sahler-Fesel,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 4 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Ich berichte daher wie folgt:

Aufgrund von insbesondere drei Aspekten ist eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen unserer Familienpolitik:

1. Die Lebensqualität von Familien wird entscheidend auch dadurch geprägt, ob Familien Zeit füreinander haben und ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Familienmitglieder gelingt.



2. Eine gleichwertige Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Partnern trägt in hohem Maße dazu bei, dass Abhängigkeiten vermieden werden und Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe gelebt werden kann. Zudem verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Chancengerechtigkeit von vor allem von Frauen im Beruf, aber auch von Männern.
3. Vereinbarkeit ist zu einem betrieblichen und unternehmerischen Standortfaktor geworden. In Zeiten des demografischen Wandels und der Suche nach qualifizierten Fachkräften ist die individuelle Entscheidung für einen Betrieb bzw. ein Unternehmen auch davon abhängig, wie familienfreundlich die Arbeitsbedingungen sind.

Obwohl nicht in unserem Verantwortungsbereich verortet, ist an erster Stelle die gute Infrastruktur der Kindertagesbetreuung nennen, wenn wir Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzeigen. Sie ist nicht nur die Basis für ein gelingendes Miteinander von Erwerbstätigkeit und Familie. Mehr noch: vielfach ist sie sogar die Voraussetzung dafür, dass eine Erwerbstätigkeit überhaupt aufgenommen werden kann. Denken Sie beispielsweise an Alleinerziehende ohne örtliches Beziehungsgeflecht.

Die Landesregierung unterstützt darüber hinaus seit Jahren Maßnahmen, die das Ziel haben, eine familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen umzusetzen und Netzwerke vor Ort zu schaffen. So werden beispielsweise seit 2007 regionale Veranstaltungen in Kooperation mit den Kammern, Gewerkschaften, Kommunen und Dienstleistern für Familien oder für die Wirtschaft durchgeführt. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die lokale bzw. regionale Netzwerkarbeit. Diese Veranstaltungen werden ergänzt durch regelmäßige Runde Tisch-Gespräche zur regionalen und überregionalen Vernetzung der Akteurinnen und Akteure für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Um Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu sensibilisieren, werden seit mehreren Jahren in Kooperation zwischen dem Familienministerium, der AOK und der berufundfamilie gGmbH der Hertiestiftung Informationsveranstaltungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeaufgaben durchgeführt. Praxisnah werden dabei auch für mittelständische Betriebe Beispiele aufgezeigt, wie Arbeitsbedingungen gestaltet werden können, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Angehörigen pflegen können.

Um die Verantwortungsgemeinschaft für eine gute Vereinbarkeit öffentlich herausstellen zu können, planen wir derzeit eine „Gemeinsame Erklärung zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zwischen dem Familien- und Wirtschaftsministerium, dem DGB, der LVU und den Kammern. Ziel ist, die Notwendigkeit und die Chancen einer familienbewussten Unternehmenskultur deutlicher öffentlich zu unterstreichen. Erste Vorgespräche dazu haben stattgefunden.

Zum 1. Oktober letzten Jahres haben wir das Projekt „Zeit für Familie in Rheinland-Pfalz“ gestartet. Damit wollen wir untersuchen, welche wirkungsvollen Vernetzungsansätze es in Kommunen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Auch stellen wir die Frage, in welchen Handlungsfeldern die Lebensqualität von Familien im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Zeit für Familie erhöht werden müsste. Dazu sollen sowohl Erfolgsfaktoren als auch Hürden und Hindernisse aufgezeigt werden. Anschließend ist zu überlegen, wie wir die Erkenntnisse auf die übrigen rheinland-pfälzischen Kommunen übertragen können.

Die Ergebnisse sind voraussichtlich im Sommer 2017 zu erwarten.

Die Landesregierung als Arbeitgeberin ist beispielgebend, wie sie ihren Beschäftigten eine weitgehende Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen will. Dazu ist der Ministerrat eine Selbstverpflichtung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung bislang eingeführter familienbewusster Maßnahmen eingegangen. Um nur ein Beispiel zu nen-



nen: Im Familienministerium gibt es 65 Mitarbeitende mit Telearbeitsplätzen (= 42 Prozent).

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder

Staatssekretärin